

Arbeiter-Zeitung

**Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe
Kein Betrieb ohne Belegschafts-Versammlung!**

Preis: 10 Pf. — Annahmeschluss in der
Kittalen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Teichberg Straße 50. Fern-
sprecher 480 89. Postfachkonto: Breslau
Str. 844. — Redaktion: Breslau 10, Teichberg Straße 50 (Wobes-
haus), Fernsprecher 480 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—19 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Bes-
tag: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Teichberg
Straße 50. Fernsprecher 480 88.

Antifaschistische Aktion in jedem Betrieb

Signal zum Angriff!

Bis 15 Prozent neuer Lohnabbau für 15 000 Metallarbeiter angeordnet

Breslau, 18. August. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Vorstand des „Verbandes schlesischer Metall-
Industrieller“ in einem Rundschreiben, datiert vom 5. August, an seine Mitglieder die Mitteilung zugehen lassen, daß die
Löhne für Handwerker um 8, für angelehrte und ungelernete um 10 bis 11 und für Frauen um 15 Prozent gekürzt werden
müssen. Die Leistungszulagen sollen eine Kürzung von 17 auf 12 Prozent erfahren.

Die schlesischen Metallindustriellen werden sofort alle Maßnahmen
treffen, um den obigen Lohnabbau möglichst reibungslos durchzuführen
zu können. Und auf der anderen Seite steht vor den 15 000 schles-
ischen Metallarbeiterkollegen die Frage: Wie wehren wir diesmal
erfolgreich diesen neuen brutalen Lohnraub ab? Wir sagen der
Metallarbeiterchaft, daß der vom Vorstand des Verbandes schlesischer
Metallindustrieller angeordnete neue Lohnabbau nicht durch Ver-
handlungen der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern,
nicht mit „Protest“-Telegrammen an die Regierung usw. verhindert
werden kann. Wollen die Metallarbeiter verhindern, daß die Lebens-
lage in ihren Familien weiter gesteigert wird, dann gibt es nur
ein Mittel:

Massenstreik gegen jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Wir fragen die Metallarbeiter: Was hat die Bürokratie des
V.M.B. und der S.M.P.-Ziegler im Besonderen gegen die drohende
Lohnsenkung unternommen? Nichts! Sie lassen auch Kollegen im
Inflations über die Pläne zur Ausbeutung; sie lassen den Lohnraub
herankommen, um auch besser kampflös auszuführen zu können. Was
haben die Gewerkschaftsführer vor den hinter uns liegenden Lohn-
abbau-Aktionen getan? Haben sie auch zum Kampf aufgerufen?
Nein!

Die Forderungen der Unternehmer auf „Aufsoderung der
Tarife, das heißt völlige Beiseitigung derselben, hat die Papen-Regie-
rung in ihrem neuen „Wirtschaftsprogramm“ aufgenommen. Darauf-
hin wird eine verschärfte Lohnabbau-Offensive einsetzen. Und die

Löhne der Metallarbeiter sollen nach dem neuen „Wirtschaftsprog-
ramm“ erneut gekürzt werden.

Somit droht den schlesischen Metallarbeitern doppelter Lohnabbau.

Und deshalb gilt es in allen Metallbetrieben, überall am Arbeits-
platz, in Abteilungs- und Betriebsversammlungen gegen die Lohn-
senkung Kampfmaßnahmen zu beschließen. In jedem Betriebe müssen
die betrieblichen Kampforganisationen aufgestellt, diskutiert und
Kampfbeschlüsse gefaßt werden. Gleichzeitig gilt es, in allen Gewerks-
chaftsversammlungen, in allen Zusammenkünften gewerkschaftlicher
Arbeiter die brennenden Fragen aufzuwerfen und den gewerkschaftlich
organisierten Arbeitern den Weg des Kampfes zu zeigen, sie zu mobi-
lisieren und trotz der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie Kampf-
beschlüsse zu fassen. Ebenso muß das Bündnis der Betriebsarbeiter
mit den Arbeitslosen geknüpft werden, enger noch, als in der Ver-
gangenheit müssen die Kämpfe gemeinsam durchgeführt werden.

Die Arbeiterschaft ist, wenn sie in den Betrieben die Einheits-
front unter oppositioneller Führung herstellt, stark genug, trotz
schärfster Anordnungsbestimmungen die Lohnabbauoffensive des Unter-
nehmens zum Halten zu bringen und wieder vorwärts zu schreiten.
Trotz Verneinung riesiger Geldmittel ist es den Nazis nicht
gelingen, in das Gros der Betriebe einzudringen, ferner sind gerade
die misleideten Nazi-Betriebsarbeiter jetzt in Empörung über die
arbeiterfeindliche Hitler-Politik. Wenn sich in dieser Situation in
den Betrieben kommunistische, sozialdemokratische und parteilose
Arbeiter zum Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlech-
terung, zum Kampf um ihre Forderungen vereinigen, wenn so in
Hundertern von Betrieben der Kampf aufgenommen wird, so wird

daraus eine so wichtige Bewegung erwachsen, daß die Pläne der
faschistischen Reaktion abgewehrt werden können und die Arbeiter-
klasse wieder im Kampf um ihre Forderungen siegreich vorwärts-
schreiten kann.

59 Monate Gefängnis Neue ungeheuerliche Klassenurteile gegen sieben Antifaschisten

Breslau, 18. August. Vor dem Breslauer Standgericht
standen gestern sieben antifaschistische Arbeiter, die zum Teil
wegen „schweren Landfriedensbruchs“, den sie am 20. Oktober
des vergangenen Jahres in einer Betriebsversammlung der
Streikenden der Firma Meinde, Carlowitz, begangen haben
sollen, angeklagt waren. Ungeheuerliche Klassenurteile wurden
gefällt. Zwei Arbeiter wurden zu je einem Jahr drei Monate
Gefängnis, einer der Angeklagten zu neun Monaten, und drei
weitere zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen zwei
der verurteilten antifaschistischen Arbeiter wurde sofort der
Haftbefehl erlassen, desgleichen auch gegen einen nicht zum Pro-
zess Erschienenen.

Die Antifaschistische Aktion kämpft

gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm — die Sozial-
versicherung, das Tarifrecht, das Koalitionsrecht zu befei-
tigen, den individuellen Arbeitsvertrag durchzuführen und
durch Arbeitsdienstpflicht eine Streikbrecherarmee heranzu-
bilden. Die Antifaschistische Aktion kämpft für die Rechte
und die Freiheit der Arbeiterklasse.

Tarifverschlechterung für 300 000 Gemeindearbeiter

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer behaupten trotzdem frech, daß das ein „Erfolg“ ihrer Arbeit sei! — Gemeindearbeiter, Straßenbahner, lauft Sturm gegen diese Tarifverschlechterungen!

(Betriebskorrespondenz)

Breslau, 18. August. Seit fast einem Jahr fanden zwischen dem
kommunalen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften hinter ver-
schlossener Türen Verhandlungen über die Neugestaltung der Reichs-
manteltarife für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner statt.
Wurde schon über die Geheimverhandlungen seitens der Bürokratie
den Mitgliedern nicht berichtet, so kann man doch jetzt nicht mehr
zweifeln, da ja der neue Reichsmanteltarif am 1. Oktober 1932 in Kraft
treten soll, einige Änderungen über die Verschlechterungen zu
machen. Die vom Vorstand des Gesamtverbandes angegebenen Ver-
schlechterungen werden in Wirklichkeit viel größer sein.

Die Zahlung des Krankenlohnes wird von 90—100 Prozent
auf 75 Prozent gekürzt. Die Zuschläge für dienstplanmäßige
Sonntagsarbeit und bei Arbeit an Wochenfeiertagen werden
gekürzt. Schmutz- und sonstige Zulagen sollen wegfallen. Der
Urlaub soll „nur“ bei Städten unter 100 000 Einwohnern
von ein bis drei Tagen gekürzt werden.

Das ist nur ein Teil der ungeheuren Verschlechterungen. Verbands-
vorstand und Reichstarifkommission stellen mit „Enttäuschung“ diese
Verschlechterungen fest und haben „unter Protest“ dem Tarifabschluss
einstimmig zugestimmt. Sie nennen diesen Tarifabschluss einen
großen Erfolg der Organisation, wahrscheinlich deshalb, weil es über-
haupt noch zum Abschluß eines Tarifvertrages kam. Jeder erfolgte
Lohnabbau, jede Verschlechterung der Lebensbedingungen der Ge-
meindearbeiter ist für die gutbezahlte und gutgenährte Bürokratie
ein „Erfolg“. Ein „Erfolg“, welcher die Gemeindearbeiter immer
tiefer ins Elend bringt. Wenn sich die Gemeindearbeiter nicht endlich
gegen wehren, wird dieses Elend immer größer, denn dieser Ab-
schluß ist nur ein Anfang für die weitere Herabsetzung der Löhne
der Gemeindearbeiter. Die jetzt darauffolgenden Verhandlungen über
die Bezirksvereinbarungen werden erneute Verschlechterungen bringen,
da man geht dazu über, mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie,
Abbaumaßnahmen durchzuführen. So soll der Lohn in Zukunft nur
alle 14 Tage berechnet und auch gezahlt werden, worauf es jede Woche
nur einen Vorschuß geben soll. Auch fallen für einen großen Teil

der Gemeindearbeiter die Entfernungszulagen weg. Laut Notver-
ordnung soll den Gemeindearbeitern ab 1. Oktober 1932 der Stunden-
lohn um 3 bis 6 Pfennig gekürzt werden.

Gemeindearbeiter, Straßenbahner, in allen Betrieben, lauft
Sturm gegen diese ungeheuren Maßnahmen, fordert sofort die Ein-
berufung von Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, trägt die
Antifaschistische Aktion in jeden Betrieb, mobilisiert und organisiert
die wirklich kämpfende Einheitsfront gegen jeden weiteren Lohnraub,
bildet den roten Massenelbstschutz in allen Betrieben gegen den
braunen Mordterror, der sich auch in den Gemeindebetrieben bemerk-
bar macht.

Gemeindearbeiter, Straßenbahner! Der Hungertod wird fort-

gesetzt! Hitler ist nicht zur Macht gelangt, aber eines steht fest, ob
Papen- oder Nazi-Zentrums-Koalition, die Unterdrückung wird noch
blutiger. Das „Wirtschaftsprogramm“ der Papen-Regierung bringt
u. a. Forderung der Tarife, die Löhne sollen auf den Stand vom
Jahre 1900 gebracht werden! Hitler proklamiert das Notwehrrecht.
Schärferer Lohnraub und Terror wird einsetzen. Gemeindearbeiter,
seid gerüstet! Verjagt die Faschisten aus den Betrieben, protestiert
gegen die Schandurteile der Sondergerichte in Breslau und Brieg!
Durch Antifaschistische Aktion im Betrieb zum Streik gegen jeden
Lohnraub, Kampf gegen die braune Nordpest und gegen jede Notver-
ordnung.

Zentrum für Nazi-Ministerpräsidenten in Preußen

Mit Hilfe des Zentrums und der SPD. soll vier Fünftel Deutschlands Hitler offen
ausgeliefert werden

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Deutsche“, das
Organ Stegerwalds, und damit eines einflussreichen Zentrumsführers,
befähigt in seiner gestrigen Ausgabe, daß sich Zentrum und National-
sozialisten in Preußen bereits mitten in Regierungsverhandlungen
befinden. Die Verhandlungen sollen bereits soweit gediehen sein,
daß man es für möglich hält, in der Sitzung des zum 25. August
einberufenen Preussischen Landtags, die Wahl des Ministerpräsidenten
vorzunehmen. Das Blatt schreibt unter der Ueberschrift „Verhand-
lungen in Preußen“. „In Preußen ist zweifellos bei den National-
sozialisten und beim Zentrum der Wille vorhanden zu einer Einigung
und damit zu einer loyalen Regierungsbildung in Preußen zu
kommen.“

Wie man hört, soll der schwierigste Differenzpunkt zwischen den
Nationalsozialisten und dem Zentrum in Preußen so gut wie be-
seitigt sein. Bislang lehnte es das Zentrum ab, den Nationalsozia-

listen neben der Position des Landtagspräsidenten auch die des
Ministerpräsidenten einzuräumen, weil dann die Nationalsozialisten
in dem sogenannten Dreimännerkollegium, Ministerpräsident, Land-
tagspräsident, Staatsratspräsident, das jederzeit den Landtag auf-
lösen kann, die Mehrheit hätten.

Antifaschistische Aktion für nationale und soziale Befreiung!

Nun soll das Zentrum bereit sein, den Nationalsozialisten auch
den Posten des Ministerpräsidenten zu überlassen. Daß die Ver-
handlungen noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt haben, soll
dem „Deutschen“ zufolge daran liegen, daß die Nationalsozialisten
auch noch das Innenministerium fordern, weil sie die preussische
Polizei in die Hand bekommen wollen. Führen die jetzigen Verhand-
lungen zu einer entsprechenden Regierungsbildung in Preußen, so
würde dieses bedeuten, daß vier Fünftel Deutschlands offen Hitler
ausgeliefert werden, mit Hilfe des Zentrums und der Sozialdemo-
kratie.

„Kulturpioniere“ des Faschismus

Die Frau als Magd

Ähnlich zelt. „Die Frau sei Dienerin und Magd“, heißt es in Adolfs Buch: „Mein Kampf“. Daß damit, selbst die Frau des Führers der Königsfelder Nazis vielhafter nicht einverstanden ist, beweist, daß vor einigen Tagen ein echt germanischer Ringkampf im Familienkreis stattfand, mit Teufelskräften und Freundschaft als Begleitmusik. „Seid Güte!“

Die „Würde“ im Dritten Reich

Rödigkeit. Von „Schönheit und Würde“ reden die Faschisten im dritten deutschen Reich. Hier führt bereits der faschistische Hausbesitzer Porond diese Würde durch. Ein erwerbsloser Prolet besucht seinen Schwager, der in Poronds Hause wohnt. Es ist wohl erklärlich, daß haßbewußte Proleten solchen Individuen vom Schlage Poronds weiter keine Beachtung schenken. Porond versucht sich dadurch beliebt zu machen, daß er die gefüllten Tauschelder den Leuten auf den Kopf schüttet, die als unangenehm ihm ins Haus zu seinen Mietern kommen. Das wird eine wunderbare Wirtschaft im Dritten Reich sein sollen, wenn sich alles nach dem Muster Porond einrichten wird. — Nebenbei Herrn Porond zur Mitteilung, daß auch sein Spiel bald ein schnelles Ende haben wird.

beglaubigte Abschrift. Geschäftsnummer: 5 B 133/31.

beglaubigte Abschrift. Geschäftsnummer: 5 B 133/31.

Justizobersekretär als Urundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Beglaubigte Abschrift. Geschäftsnummer: 5 B 133/31.

Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Umgegend

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren

Franz Rzehulka

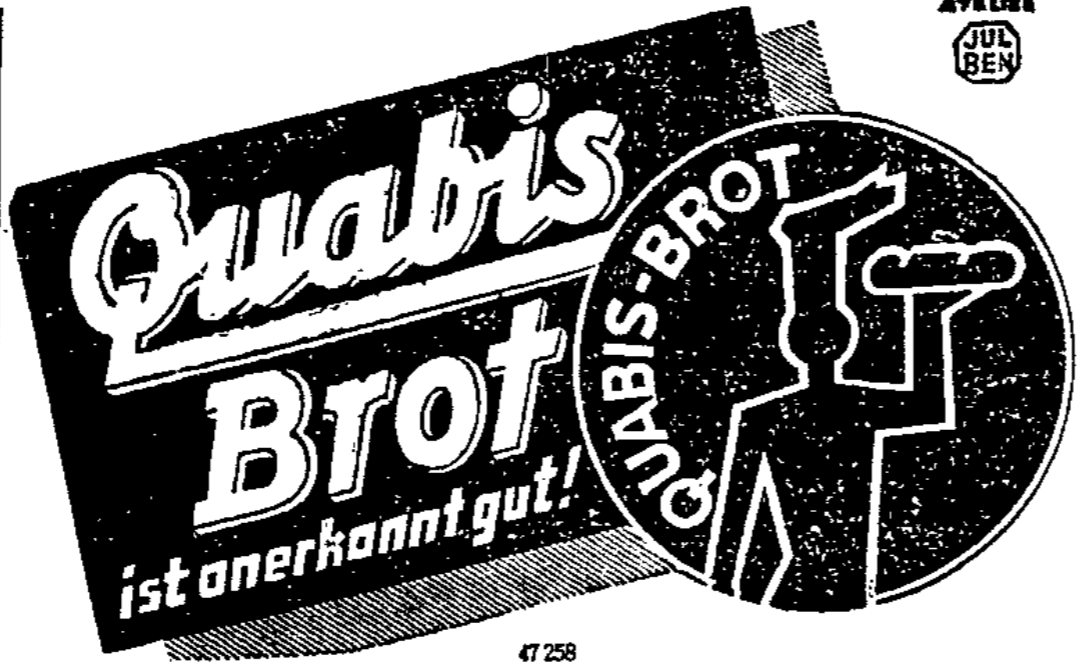
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße. 47164

Leinenhaus Gotthard Völkel

Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56
47911 (2. Haus vom Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche jeder Art

Molkereiprodukte
Milch
Erna Baudis
Friedr.-Wilh.-Str. 80
47660

Paul Fröhau
Kolonialwaren
Bergstraße 24
47158



Quabis Brot
ist anerkannt gut!

Bäcker u. Konditorei
Karl Busch
Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122
Karlowitzermarkt 11
46799

Josef Matejka
Fleischer u. Wurstfabrik
Gute Ware, niedrige Preise
nur Rosenthaler Straße 4

Besucht die
Odeon-Lichtspiele, Weinstraße 53/55
Beste Tonfilmprogramme
Niedrigste Eintrittspreise
Erwerbslose Preisermäßigung
47923

Feine Fleisch- und
Wurstwaren bei
Heinrich Berndt
Weißburger Str. 33
47925

Fleischermeister **Otto Kirsch**
empfiehlt sich bestens
Rosenthaler Straße 28
48241

Leder
Schuhbedarf
K. Becker
Gneisenaustraße 5
48249

Bäcker
Paul Sagawa
Sternstr. 76
48255

Lebensmittelhaus
Luis Hertrampf
Schießwälderstraße Nr. 41
48248

Erneuere Dein Heim
durch Lacke — Farben
nur vom Fachmann
Erich Hoffmann, Bohrauer Straße 89
47926

Fleisch- u. Wurstwaren
O. Rothe
Untere Radstraße 2
48079

Uhren
Gold-
waren
H. Sander
Liegnitzer
Straße Nr. 38
49080

Kauft bei Beer
Beer ist billig!
Goldberg, Reiflerstraße 6
48082

Alle Lebensmittel bei
L. Ulrich Nachf., Oderstr. 44
47501

Kaufhaus Riesenfeld
Ring 9
47502

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Elise Melde, August-Feigestraße 4
47503

Görlitzer
Lebensmittel
Feinkost Wein
Spirituosen
Tabakerzeugnisse
Kohlen
Am Jahreschluss
6%
Rückgewähr

Neuzeitliche Gasapparate
Bequeme Teilzahlung.
Städtische Gaswerke
47510

Schuhhaus Schöpe
Ring
16
47513

Kaufhaus **S. Ritter**
47512

Konzerthaus Kroker
am Weidendam
48238
Das beliebteste Familien-Lokal
Jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag: Konzert

Gesellschaftshaus Gröbschen
früher Hof & Gärke
48245
Saal für Vereine zu Festlichkeiten
Schattiger Garten — Sonntag Tanz
Inb. Fritz Schwintzky, Gröbschener Str. 161-169

Maruska's Gesellschaftshaus
Kleiner Luna-Park, Morgenau
Saal u. Garten-Etablissement
empfiehlt sich für alle
Vereins-, Familien-Festlichkeiten
48251

Knoblich's Paradis, Oswitz
Saal u. Garten für Festlichkeiten
48070 (auch Sonntags zu vergeben)

Trinkt Traube-Weine
48015

Paul Rudolph, Brüderstraße 45
EDEKA-Laden
47796
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen

Niedrigste Preise für Fahrräder, sämtliche
Ersatzteile, sowie Zubehör und Reparaturen im
Fahrradhaus „Ost“
Inb. A. Dilschewski
Klosterstraße 17
48240

R. & E. Horvay, Kolonialwaren, Delikatessen
9 Prozent Rabatt
48089
Hauptgeschäft: Mohrenstraße 99
Filiale Gröbschener Straße 25, Ecke Hottelstraße

Neumarkt
Obst, Gemüse, Bindweil
Topfpflanzen, Rosen
Obstbaum, Sämereien
bei **J. Lorenz**
48083 Ring 2-3

Sarg- und Möbelscherelei
Hugo Detschel, Junkernstr. 20
48085

Kauft bei Heilig
Heilig ist billig!
48236

Schnellbefohlanstalt **M. Karpow**
47504
Melzerstraße 3 Filiale: Mühlberg

Brot- und Feinbäckerei
Richard Gebhardt, Oberstraße 48
47505

Zigarren, Zigaretten, Tabak
Bernhard Mager, Nimpscher Str. 1
47286

Emanuel Kroll
Molkerei
Breslau 6, Alsenstraße 21
47173

Kolonialwaren, Drehtulle, bei
Häufige 30 Liter
47805
Alsenstraße 58 — Popelwitzstraße 25

Kolonialwaren
Lebensmittel
Neugebauer & Krumpelt
Langegasse 56
48071

Möbel und Polsterwaren
zu niedrigsten Preisen
Meta Meister, Andersenstr. 4
48077

Kolonialwaren, preiswert und gut bei
47159 **Josef Walter**, Mariannenstr. 21

Joh. Hammerling
Kolonialwaren
Delikatessen
Grünstraße Nr. 15
47302

Max Kömmel
Fleischer — Wurstfabrik
47254 Friedrich-Wilhelmstr. 107

Franke / Lederausschnitte
47657
Friedr.-Wilh.-Str. 31 • Frankfurter Str. 122

Alfred Malinka
Friedr.-Wilhelm-Str. 34
Ecke Dessauer Straße
48074 Molkereiprodukte

Fleisch-Spezialgeschäft **Meta John**
Frankfurter Straße 157 Tel. 21 432
Einfach-Bier von Wiesner
47504

Fahrräder u. Reparaturwerkstatt
Karl Kapella, Steinauer Str. 31
47100

Kaufhaus Loewe
48252
Fürstenstraße 2, Ecke Brigittental
fabriziert selbst billig und gut

A. Marek
Möbel- und Polsterwarenhäuser
48253 Klosterstraße 30-32

Nähmaschinen Durrkopf, Adler, Anker, Victoria
für Haus und Gewerbe
46603
Fahrräder — Sprech-Apparate — Radio
sämtliche Fabrikate gegen erleichterte Zahlungs-Bedingungen
Georg Greulich, Nummer 1 Nr. 52

Erich Vogels Brauerei „Zum großen Meerschiff“
1 Minute vom Königsplatz — Tel. 50638
46573
Auskant nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr

Beerdigungs-Institut
Gedr. Heinrich, Bestattungs-Versicherung
Breslau 1, Klosterstraße 26
Zweiggeschäfte:
Kupferschmiedestr. 31, Webskystr. 4
48090

**Kinderwagen — Bettstellen
Korbwaren**
JONAS, Reuschestraße 40
48096

Schuh-Hille Neumarkt 16
empfiehlt sich bestens
48235

Uhren / Ringe / Gold / Silber / Fahrräder
Ankauf Beilehang Verkauf
Leibhaus Ladmann
Poststraße 1
48239

Schuhmacherstr. Franz Jung
Kupferschmiedestraße 43
48242

Edeka-Roggenbrot
gibt Kraft
und
Gesundheit
Nur erhältlich in den Edeka-Geschäften!

Gut und billig decken Sie Ihren Bedarf an
Strumpfwaren in der
Chemnitzer Strumpfwarenfabrikation
Niederlage: Gröbschener Str. 38
48072

Herrenstoffe / Reste billig!
TUHLAGER
FRITZ GLOFKE
48243
Breslau 1, Ring 19

Foto-Kopieranstalt „Schlesien“
Karl rabe 47 48244 Telefon 24286
Entwickelt — Kopiert — Vergrößert
Schnellste und billigste Lieferung
48247

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister
Schlesischer Opernüber
48247

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
Inb.: Hermann Wittke — Telefon 46127
Zimpeler Straße 37
6 Minuten von der Straßenbahnlinie 1
Angenehme Lebenshaltung — Für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung — Ausschank von
HAASE-BIER
46657

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal — herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Schuhhaus
Ring
16
47513

An- und Verkauf von Bekleidung,
Möbel und Schuhwaren
Hermann Reinert, Ritterstraße 1
47511

Holzarbeiterversammlung lehnt Beitragserhöhung ab

Bürokraten wollten erneut trotz fortgesetzten Unterstüchungsabbaues Beitragserhöhung für erwerbslose Kollegen durchsetzen SPD.-Wiesner unterstützte ihren Antrag / Bis 15 Prozent Lohnsenkung bei den Holzarbeitern in der Metallindustrie geplant SPD.-"Bauhütte" weigerte sich Tariflohn zu zahlen / Ausschlussdrohung gegen oppositionelle Kollegen / Holzarbeitertkollegen! Schließt euch der KGD. an, organisiert in Betrieben den Kampf gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Breslau, 17. August. Die am Dienstag, den 16. August, im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes beschäftigte sich vor allem mit dem Antrag der Bürokratie auf Wiedereinführung des wöchentlichen Beitrages von 10 Pfennig für erwerbslose Mitglieder. Den Antrag vertrat der Gauleiter Köhl, der mit vielem Zahlenmaterial den Mitgliedern glaubhaft machen wollte, daß die Einführung dieses Beitrages unbedingt notwendig sei. Er behauptete, daß die Gehälter der Gewerkschaftsangeestellten und die Spenden um 35 Prozent gesenkt worden seien. Den Beweis für diese Behauptung blieb K. schuldig.

Es nahmen in der Diskussion mehrere Kollegen das Wort gegen den Antrag und begründeten ihre Stellungnahme damit, daß man jetzt, wo die Unterstüchungsfrage geklärt wurde, wiederum den 10-Pfg.-Beitrag nicht einführen könne. Ein Kollege gab ein Beispiel über die hohen Gehälter der Gewerkschaftsangeestellten auf der einen Seite und die niedrigen Löhne der Holzarbeiter auf der anderen Seite. Der SPd.-Mann Wiesner stellte sich hinter die Gewerkschaftsbürokratie und vertrat ihren Antrag. Desgleichen stellte sich Wiemitz auf denselben Standpunkt. In dem Schlusswort führte nochmals Gauleiter Köhl an, daß die Gewerkschaftsangeestellten "sehr viel an Sonderbeiträgen zu leisten hätten". Auch zur Unterstüchung der "Eisernen Front" mußten sie einen größeren Beitrag abliefern. Die Gelder der Gewerkschaftskollegen, aus welchen die Gehälter bezahlt werden, werden zur Unterstüchung der "Eisernen Front" genommen, jener Bewegung, die zur Erhaltung der kapitalistischen Republik geschaffen wurde.

Die Kollegen haben bei der Abstimmung in ihrer großen Mehrheit den Antrag der Verwaltung abgelehnt und zwar mit 267 gegen 104 Stimmen. Die Bürokraten glaubten in einer geheimen Abstimmung ihren Antrag durchzubringen.

Diese Abstimmung wendet sich nicht nur gegen die Wiedereinführung des 10-Pfg.-Beitrages, sondern ist zugleich ein Mißtrauensvotum gegen die Verbandsleitung. Die Mitgliedschaft im Holzarbeiter-

verband muß als Konsequenz die sofortige Neuwahl der Ortsverwaltung fordern.

Den Bericht über die Lohnverhandlungen der Holzarbeiter in den Metallbetrieben gab Kundtke. Er führte an, daß die Arbeitgeber erneut einen Lohnabbau durchzuführen beabsichtigen und zwar bei den Facharbeitern um 8 Prozent, bei den Angelernten um 10 und bei den Frauen um 15 Prozent. In seinem Bericht streifte er in polemischer Form die jetzige Schlichtungspolitik der Papenregierung, vergaß aber den Kollegen zu sagen, daß die Gewerkschaftsbürokraten hierfür die Hauptschuld tragen, weil sie es immer und immer wieder waren, die die Kämpfe der Arbeiter gegen jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur sabotierten, sondern in sehr vielen Fällen den offenen Streikbruch organisierten. K. teilte auch mit, daß die Verhandlungen mit den Innungsrätern bis jetzt noch zu keinem Abschluß geführt haben. Die Verwaltung mußte, so führte Kundtke weiter an, mit der "Bauhütte" zweimal verhandeln; das erste Mal wegen Entlassung von Holzarbeitern, das zweite Mal, weil die Bauhütte den dort beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen einen Lohn von nur 80 und nicht 85 Pfennigen geben wollte.

Hier haben wir ein niederträchtiges Beispiel, daß auch die sozialdemokratisch geführte "Bauhütte" sich in der Front derjenigen befindet, die fortgesetzt den Proleten die Hungerlöhne senkt.

Wegen der Vorgänge in der letzten Holzarbeiterversammlung — die Kollegen hatten seinerzeit gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie Stellung genommen — hatte die Ortsverwaltung gegen mehrere Kollegen den Ausschluß aus dem Verbands beantragt. Unter dem Druck der Mitgliedschaft hatte man vom Ausschluß abgesehen und erteilte diesen Kollegen nur eine Rüge. Man glaubt mit Ausschlußdrohung die Opposition im Verbands mundtot zu machen. In der Diskussion wurde auch hier nochmals scharf gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokraten, die sich gegen die Arbeiterklasse richtet, scharfsinnig Stellung genommen.

Auch diese Mitgliederversammlung im Holzarbeiterverband hat

gezeigt, daß die revolutionäre Opposition gegen die arbeitserfendliche Politik der Verbandsleitung im Nachhinein begriffen ist. Die Kollegen, die in der Gewerkschaft organisiert sind, um sich gegen die Anschläge der Unternehmer nicht nur zu wehren, sondern um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, müssen sich restlos der KGD. anschließen, um unter ihrer Führung erfolgreich gegen die verbrecherische Politik der Gewerkschaftsführer vorgehen zu können. Die Kollegen, die heute noch in den Betrieben stehen, müssen in den Ausbeutungsstätten des Kapitalismus den Streikkampf gegen die neuen Hungerpläne der herrschenden Klasse organisieren und führen. Die Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion muß von uns vor allem dazu benutzt werden, um die oppositionellen Holzarbeiter in der KGD. zu erfassen.

Oberschlesische SA-Führer mentern

Sindenburg, 18. August. In der nationalsozialistischen "Front" liest man folgenden Ullas eines Standartenführers:

- Zu schließen mit der sofortigen Wirkung aus der SA. aus:
1. den bisherigen Sturmbannadjutanten 11/23 Sturmsführer Hans Hüner, Neustadt OS., wegen Unterschlagung von Dienstgeldern,
 2. den bisherigen Sturmsführer 31/23 Oskar Sachon jr., Friedland OS., wegen Meuterei und Aufhebung,
 3. den bisherigen Obertruppführer 31/23 Herbert Baron, Friedland OS., wegen Meuterei und Aufhebung.

Der Führer der Standarte 23.
Studen.

Und die Hitler, Goebbels und Heines versuchen mit neuer Mordehege den SA-Leuten neuen Mut einzupumpen. Die "Schlesische Tageszeitung", das Organ des Gemeinderats Heines, brachte in ihrer gestrigen Ausgabe auf der ersten Seite folgende Meldung:

"Nach Informationen von gut unterrichteter Seite will die SPD. dazu übergehen, noch mehr als bisher den individuellen Terror zu pflegen und besonders auf führende Persönlichkeiten auszuweichen."

In einem Aufruf an die SA., ebenfalls auf der ersten Seite der gestrigen Ausgabe, verurteilt Heines die SA-Leute weiter aufzuwachen. Wenn die SA. meint, muß die Arbeiterchaft die Antifaschistische Aktion nun erst recht verstärken. Diese notorischen Lügner versuchen mit ihrer obigen Meldung die tagtäglichen Mordüberfälle auf Antifaschisten und Einrichtungen der Arbeiterchaft nicht nur zu verteidigen, sondern wollen damit erreichen, daß die planmäßigen Überfälle auf die führenden Funktionäre der SPD. verharmlet werden. Zu vertieren SA-Leuten soll hierzu mit dieser Lügenmeldung ein weiterer Wink gegeben werden.

260 Arbeiter in der antifaschistischen Betriebsstaffel

Hamburg, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Um sich gegen weitere Nazi-Überfälle zu schützen, haben die Arbeiter der Firma K. & S., Fischereihafen, eine antifaschistische Betriebsstaffel gebildet. Bekanntlich rückte in der vorigen Woche ein Trupp Nazis an, um den Betrieb zu führen und die Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben. Aus dem Nazihaufen sind auch Schüsse auf die Arbeiter abgegeben worden. Die Belegschaft von Köster hat sich mit diesen Vorfällen beschäftigt. Es wurden Listen herumgegeben, in die sich in wenigen Stunden über 100 Arbeiter einzeichneten und somit ihre Bereitschaft zum antifaschistischen Kampf demonstrierten. In der vorigen Woche fand eine Betriebsversammlung statt, dort schlossen sich 160 Arbeiter zu einer Betriebsstaffel zusammen. Mehrere Funktionäre erklärten sich bereit, den antifaschistischen Kampf auch in den Betrieben aufzunehmen.

Wer machts nach!

Ein Betriebsarbeiter aus dem Gaswerk Dürrgoy sammelte in kurzer Zeit im Betriebe zur Antifaschistischen Aktion 4,70 Mark.

Wo bleiben die anderen Betriebe?

Wer meldet die nächsten Beträge und überholt diesen Betrag?

Erwerbslose ertämpfen höhere Unterstüchungen Ein anfeuerndes Beispiel

Ein anfeuerndes Beispiel, wie man durch zähen, entschlossenen Kampf erfolgreich gegen Unterstüchungsabbau, für höhere Unterstüchungen kämpfen kann, lieferten die Erwerbslosen von Anielingen bei Karlsruhe. Durch ihr geschlossenes Auftreten und durch ihre gemeinsamen Kampfkampfen wurden die zuständigen Behörden veranlaßt:

1. die Pflichtarbeit einzustellen,
2. jedem Erwerbslosen eine Zusatzunterstüchung von 5—8 Mark pro Woche zu bewilligen,
3. Lebensmittelscheine mehr als bisher auszugeben.

Die Anielinger Erwerbslosen begannen ihren Kampf kurz vor der Reichstagswahl. Auf einer gutbesuchten Erwerbslosenversammlung beschlossen sie einmütig, für folgende Forderungen mit aller Entschlossenheit zu kämpfen:

1. Die Pflichtarbeit im Schnakenheimwald ist sofort einzustellen;
2. Übernahme der Miete für sämtliche Erwerbslosen durch die Gemeinde;
3. Zusätzliche Unterstüchung durch die Gemeinde.

Gleichzeitig wurde ein Kampfausschuß gebildet und mit der Organisation des Kampfes beauftragt. Am 2. August sammelten sich über 50 Erwerbslose vor dem Rathaus, um den Erwerbslosenausschuß, der mit dem Gemeinderat verhandelte, zu unterstützen. Unter dem Druck der Erwerbslosen verhandelte der Bürgermeister mit dem Arbeitsamt Karlsruhe über Mietszuschuß und Einstellung der Arbeit. Die Arbeit wurde dann auch sofort auf der Arbeitsstelle eingestellt.

Aber damit gaben sich die Erwerbslosen nicht zufrieden. Am Donnerstag, dem 4. August, fand nochmals eine Gemeinderatsitzung statt. Diesmal sammelten sich über 300 Erwerbslose vor dem Rathaus, während drinnen im Gemeinderat der Kampfausschuß verhandelte.

Der Erfolg dieser Verhandlung war, daß mehrere Gemeinderatsmitglieder mit dem Ausschuß den Weg zum Ministerium machten. Dort wurden sie mit den bekannten Redensarten von der "Unmöglichkeit" abgewiesen. Doch der Kampfausschuß ließ nicht locker. Die Gemeinderäte mußten mit auf das Arbeitsamt. Der Massenruck der 300 erbitterten Erwerbslosen, die entschlossene Haltung des Ausschusses veranlaßten das Arbeitsamt, den Forderungen der Erwerbslosen nachzugeben. Sie bewilligten jedem Erwerbslosen eine Zusatz-

unterstüchung von 5 bis 8 Mark pro Woche. Außerdem wurden mehr Lebensmittelscheine als bisher ausgegeben.

Die erfolgreichen Aktionen der Erwerbslosen führten noch zu einem Beschluß des Gemeinderats, daß, wenn der Staat nicht eintrifft und die Gemeinde mit Zuschüssen unterstützt, dann Bürgermeister und Gemeinderäte ihre Ämter niederlegen.

Die nationalsozialistischen Führer versuchten den Kampf der Erwerbslosen zu sabotieren und beschimpften sie als "Faulenzer". Als das bekannt wurde, zogen die Anielinger Erwerbslosen demonstrativ vor die Wohnungen der bekanntesten Nationalsozialisten und gaben ihrer Empörung durch entrüstete Rufe Ausdruck.

Die Anielinger Erwerbslosen geben sich mit diesen erfolgreichen Kämpfen nicht zufrieden, sie sind entschlossen, bis zur Erfüllung jeder einzelnen Forderung weiterzukämpfen. Der Kampf der Anielinger Erwerbslosen ist ein Beispiel für alle Erwerbslosen. Die Kraft der Erwerbslosen ist unüberwindlich, wenn sie entschlossen in roter Einheitsfront für ihre Forderungen kämpfen und das Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern herstellen.

Toller Rechtsbruch im Felsenedprozeß

Berlin, 16. August. Im Felsenedprozeß hat das Gericht die vor mehreren Wochen bereits ausgebrochene Drohung gegen den Rechtsanwalt Litten, dem Verteidiger der Felsenedkolonisten in die Tat umgesetzt und dem genannten Anwalt durch Gerichtsbeschluß die Verteidigung der Angeklagten entzogen. Der in der Strafprozeßgeschichte einzig stehende Rechtsbruch wird von dem Gericht mit einer ekelhaften Erklärung begründet, in der Dr. Litten vorgeworfen wird, daß er den Prozeß zu politischen Zwecken ausnütze. Insbesondere wird auf einen Konflikt Bezug genommen, den Genosse Litten in der letzten Sitzung des Gerichtes mit dem Gericht, anläßlich der Beanstandung einer Frage hatte. Die Angeklagten nahmen den Gerichtsbeschluß mit großem Protest entgegen, und jangen demonstrativ die Internationale. Mit der Polizeigewalt wurden die Angeklagten, darunter ein Schwerkranker, der ohnmächtig wurde, auf dem Saale untern. Rechtsanwalt Litten hat gegen die Willkürakte des Klagengerichtes sofort bei den maßgebenden Instanzen Protest eingelegt.

Alle Arbeiter müssen mit der roten Hilfe gegen den Rechtsbruch im Felsenedprozeß und gegen die Faschisierung der Klassenjustiz für die Befreiung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen kämpfen.



Am lachenden Gesicht

erkennt man den Bulgaria-Raucher.
Denn das ist die Zigarette für alle, die Freude an einer frischen, vollen, hochwertigen Qualität haben.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg. mit Sport-Plomben

RUND UM DEN ERDBALL

Büchdrückerepisode aus der K.K.-Monarchie

Druck illegaler Literatur unter dem Schutz der Wiener Polizei

Es war in den Januar Tagen 1918. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hatten die österreichischen Arbeiter in ungeheure Erregung versetzt. Bis dahin war es der Sozialdemokratie gelungen, den Arbeitern einzureden, daß die Regierung ernst den Frieden wolle und in Brest-Litowsk daran gehe, mit den Bolschewiken einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen abzuschließen. Das Verhalten der deutschen und österreichischen Militärs in Brest-Litowsk hatte die österreichische Arbeiterklasse vom Gegenteil überzeugt. Dazu kam noch, daß der Hunger fürchterlich wütete. Die Prostration wurde pro Kopf auf ungefähr 1½ Pfund wöchentlich gelöst. Andere Lebensmittel konnte der Arbeiter überhaupt nicht erlangen. Sie waren nur im Schleichhandel zu horrenden Preisen zu bekommen.

In den Betrieben wurde es unruhig. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner setzten alle Hebel in Bewegung, um die Streikstimmung zu dämpfen. Die sozialdemokratischen Führer waren Tag und Nacht unterwegs, um die Arbeiter für die Lösung „Durchhalten“ zu bearbeiten. Verhandlungen mit der Regierung wurden gepflogen. Versprechungen, die niemand einzuhalten gedachte, wurden gemacht. Aber alles nützte nichts. Die Streikstimmung wuchs von Stunde zu Stunde, die Arbeiter bildeten in den Betrieben revolutionäre Komitees und stellten ultimative Forderungen. Der Regierung und dem sozialdemokratischen Parteivorstand war es vielmehr darum zu tun, die Buchdrucker von einem Streik abzubalten. Denn, so sagten sie sich — wenn erst die Zeitungen zu erscheinen aufhören, dann ist das Signal zum Generalstreik gegeben. Auf die Buchdrucker wurde der größte Druck ausgeübt. Aber die Buchdrucker widerstanden dem Druck und — gewissermaßen für die Regierung überraschend — erklärten sie den Streik. An einem Nachmittag erschien keine Zeitung mehr.

Und in der Tat: der Streik im graphischen Gewerbe, die Tatsache, daß keine Zeitung mehr erschien, bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Generalstreik. Am nächsten Tag fanden in ganz Österreich alle Betriebe still. Dem sozialdemokratischen Parteivorstand war es gelungen, einige Buchdrucker dazu zu bewegen, ein Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei herauszubringen. Dieses Mitteilungsblatt war in jeder Hinsicht ein Organ des Streikbruchs. Unter den Buchdruckern herrschte ob dieses offenen Streikbruchs der Sozialdemokratie ungeheure Erregung. Das Streikkomitee beriet darüber, dem sozialdemokratischen Mitteilungsblatt ein Organ entgegenzustellen, das die Interessen der Streikenden vertreten sollte. Und wir stießen bei den Buchdruckern auf volles Verständnis.

Jetzt war die Frage: wo ein solches Organ drucken? Schließlich gelang es uns, eine kleine Druckerei ausfindig zu machen. Der Besitzer, ein Sympathisierender, erklärte sich bereit, die Zeitung herzustellen, wenn wir ihm die entsprechenden Kräfte zur Verfügung stellten. Einige Setzer, ein Metteur und mehrere Drucker waren sofort zur Stelle.

Es ist klar, daß eine solche Zeitung nur unter der strengsten Illegalität hergestellt werden konnte. Es herrschte in Wien halber Ausnahmezustand und für die Herstellung der Zeitung drohte die Todesstrafe. Die Polizei war ungeheuer verstärkt und vor jeder Druckerei standen größere Polizeipatrouillen. Wir beschloßen daher, einen gewagten Schritt zu unternehmen: Der eine von uns ging zum Polizeioffizier, der vor der Druckerei Dienst hatte und sagte ihm folgendes:

„Wir wollen einige wichtige Sachen drucken, fürchten aber den Terror der Streikenden. Könnten Sie uns nicht Schutz gewähren?“

„Aber mit dem größten Vergnügen“, antwortete der Polizeioffizier. „Ich bin gerne bereit, Ihnen eine ganze Abteilung in die Druckerei zu stellen.“

„Zu liebenswürdig. Es wird schon genügen, wenn Sie vor dem Hause eine größere Abteilung Polizisten bereitstellen, unter deren Schutz wir das gedruckte Material wegbringen können.“

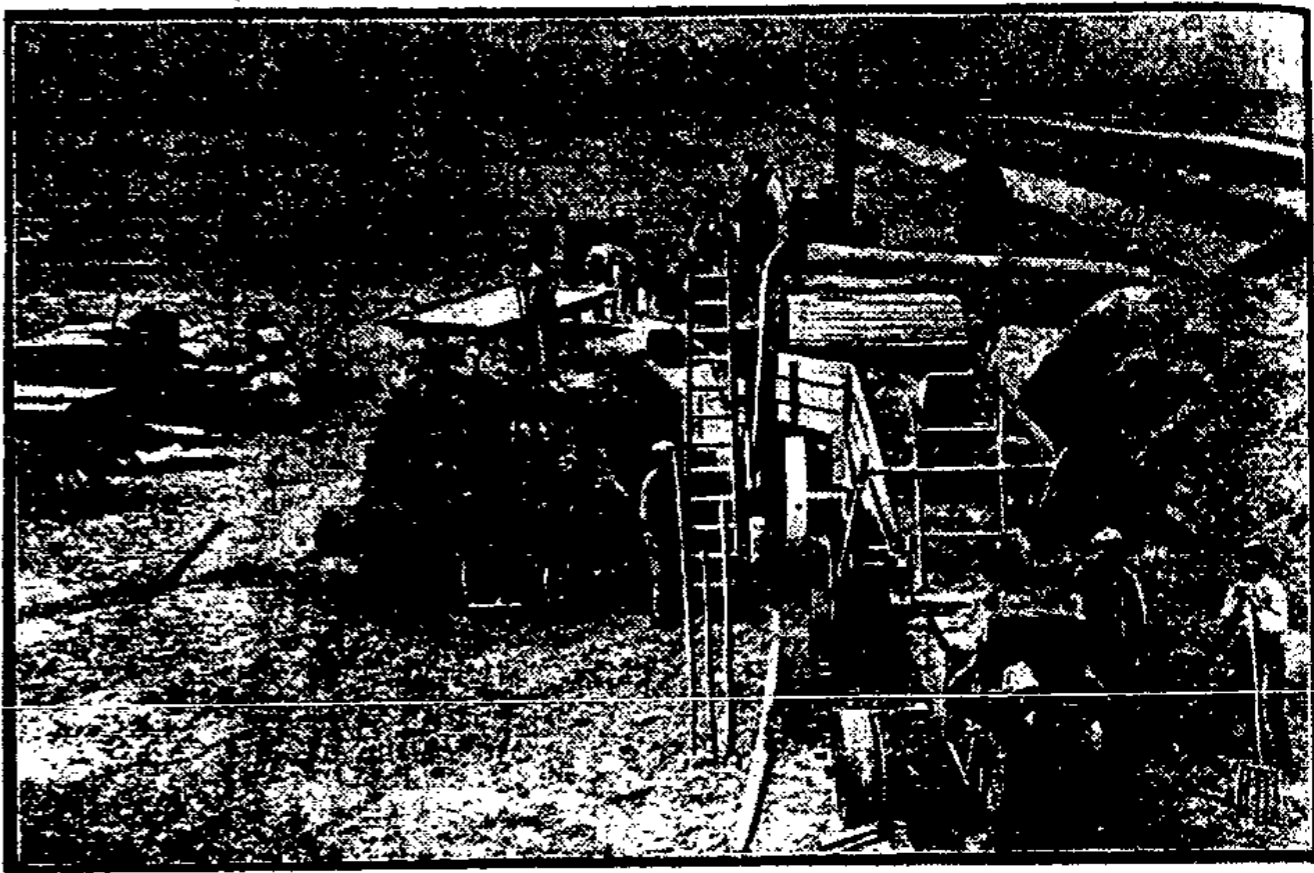
Der Polizeioffizier hielt sein Versprechen. Unter dem Schutze der Polizei druckten wir die ganze Nacht revolutionäre Zeitungen, Broschüren und Aufzettel. Und als das Material fertig war, halfen uns die Polizisten sogar die Pakete wegzuschaffen.

Am nächsten Tage zerbrachen sich die Minister, die hohen Polizeifunktionäre und die sozialdemokratischen Führer die Köpfe darüber, wo und wer das Material hergestellt haben konnte. Denn ganz Wien, alle Betriebe, die Arbeiterviertel und alle Kneipen wurden mit unseren Aufrufen überschwemmt. Ja, wir konnten sogar unter dem Schutze der Polizei Material auch für Graz und für das gesamte steiermärkische Industrieviertel herstellen.

Dies hatten wir dem Umstand zu verdanken, daß die Buchdrucker ihren Mann gestellt haben, daß sich der größte Teil von ihnen dem Dienst der revolutionären Sache gewidmet hatte. Leo Weiß.

Die erste Ernte auf früherem Meeresboden

Auf dem gewonnenen Land auf dem Meeresboden des früheren Zuidersees in Holland wurde in diesem Jahr zum ersten Male geerntet



Jimmy in Nöten

Neuorcker Oberbürgermeister der größte Korruptionist

New York, 17. August. Die Skandalaffäre um den Bürgermeister Jimmy Walker hat ihren Höhepunkt erreicht. Seit länger als einer Woche wird Jimmy Walker vom Gouverneur des Staates New York, Roosevelt, vernommen. Die Annahme von Korruptionsgeldern durch Walker steht eindeutig fest, jedoch fürchtet Roosevelt, unter dem Druck der Walker-Clique die Absetzung des Bürgermeisters und seine Uebergabe an die Staatsanwaltschaft auszusprechen.

Wir haben an dieser Stelle schon einmal auf den Fall des Neuorcker Oberbürgermeisters Jimmy Walker hingewiesen. Schon die frühere Untersuchung durch eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission hatte einwandfrei ergeben, daß Walker eine Korruptionswirtschaft sondergleichen betrieben hat. Er hat die Stadt Neuorck geradezu ausgeplündert. Jimmy hat keine Konzession vergeben, ohne daß er eine namhafte Summe in die Hand bekommen hat. Man schätzt die Summen, die Walker verschlungen hat, oder besser gesagt auf sein Privatkonto gebracht hat, auf mehr als 3 Millionen Dollar.

Nun, Korruption ist in Amerika keine ungewöhnliche Erscheinung. Im Gegenteil, sie gehört sozusagen zu dem kapitalistischen Politiker, ist ein notwendiger Bestandteil seiner Politik.

Wenn es diesmal Walker an den Kragen geht, so aus dem Grunde, weil eine andere kapitalistische Partei die fette Pfründe des Neuorcker Bürgermeisteramts für sich erobern will.

Seit länger als einem halben Jahr weiß jedes Kind in Neuorck, daß Walker die Stadt um Millionen bestohlen hat. Aber hinter Walker steht die Neuorcker Unterwelt, die ihrerseits zur Polizei den engsten Kontakt unterhält. Erst als die Stadt Neuorck ihre jährlichen Beiträge zur Speisung von Arbeitslosen sperrte, als sie nicht mehr in der Lage war, den Beamten die Gehälter auszuzahlen, da schlug man Alarm und verlangte ein Einschreiten gegen den Korruptionisten Walker.

Trotzdem magt der Gouverneur Roosevelt, der als Präsidentschaftskandidat gegen Hoover austritt, jetzt, da man sich drei Monate vor der Wahl befindet, nicht gegen Walker aufzutreten, weil er befürchtet, daß die Walker-Clique, die der Demokratischen Partei angehört, ihre Stimmen dann Hoover, dem Kandidaten der Republikanischen Partei, zuwenden würde.

Die Walker-Affäre hat aber hunderttausenden Arbeitern die Augen geöffnet, hat ihnen gezeigt, wie es in Wirklichkeit um die Verwaltung der größten Stadt des reichsten kapitalistischen Landes der Welt bestellt ist.

Sowjethilfe für die Mandchurei

Charbin, 17. August. Der Schaden, den die ungeheuren Ueberflutungen angerichtet haben, läßt sich bisher ebensowenig berechnen wie die Folgen für die nächste Zeit. In Charbin haben sich etwa 15 000 Flüchtlinge zusammengefunden. Der sowjetrussische Vertreter in der Verwaltung der Chinesischen Eisenbahn Rudy und der Sowjetkonsul in Charbin, Slatwukki, haben eine Hilfsaktion eingeleitet, die in erster Linie die Angehörigen des Sowjetstaates berücksichtigt, die im Gebiet der Bahnlinie durch das Hochwasser gelitten haben. Die Hilfsaktion kommt aber auch den Chinesen zugute, von denen 3000 vorläufig in Baracken der Bahnverwaltung untergebracht worden sind. Ueber die als Folge des Hochwassers ausgebrochene Choleraepidemie liegen bisher keine genauen Nachrichten vor. In Charbin sollen 114 Erkrankungen registriert worden sein, davon 25 mit tödlichem Ausgang. Auch aus Sirin wird Hochwasser gemeldet.

Acht Personen beim Baden ertrunken

Duisburg-Hamborn, 16. August. Im Bereich der Stadt Duisburg-Hamborn kamen im Laufe des Dienstag beim Baden acht Personen ums Leben. Es handelt sich in der Hauptsache um junge Männer. Im Rhein und in der Ruhr ertranken im Laufe des Tages vier Personen, während die übrigen vier im Rheinherne-Kanal und in einigen Faggerlöchern zu Tode kamen, die nur zum Teil für den Ladeverkehr freigegeben sind. Bei einem der Ertrunkenen ist der Fall besonders tragisch. Der junge Mann war im Laufe des Tages schon zweimal gerettet worden und wurde beim dritten Male das Opfer seines Leichtsinns.

Ständiger Rückgang des Brotkonsums in Wien

Wien, 16. August. Die Erhebungen der Wiener Markttamtdirektion über den Konsum von Brot und Weißgebäck in den Monaten Oktober 1931 und März 1932 in sämtlichen Wiener Brot- und Weißgebäck erzeugenden Bezirken geben ein fürchterliches Bild der fortschreitenden Verelendung der Bevölkerung dieser Stadt.

Wien hatte im Januar 1931 einen täglichen Brotverbrauch von 273 766 Kilogramm. Der Weißgebäckverbrauch betrug 142 541 Kilogramm. Im Oktober 1931 war der Konsum an Weißgebäck auf 138 343 Kilogramm, das ist um 2,9 Prozent, gefallen, dafür der Brotkonsum auf 275 609 Kilogramm, d. h. um 0,67 Prozent, gestiegen. Das bedeutet, daß viele Konsumenten von Weißgebäck zu dem billigeren Brot übergegangen waren.

Im März 1932 belief sich aber der tägliche Brotkonsum nur noch auf 271 270 Kilogramm und der Weißgebäckkonsum auf 132 136 Kilogramm. Es ist somit eine Abnahme bei Brot um 1339 Kilogramm täglich oder 0,48 Prozent und bei Weißgebäck um 6207 Kilogramm oder 4,4 Prozent festzustellen.

Da die Verelendung der Massen zu einem Verzicht auf andere Lebensmittel, insbesondere auf Fleisch und dessen Ersatz durch Brot führt, wofür es aber keinen Ersatz mehr gibt, bricht sich in dem Rückgang des Brotkonsums am unmittelbarsten das Wachen des Massenhungers aus.

Eine Ortschaft eingeeichert

Warschau, 17. August. Die Ortschaft Szajlary (Galizien) ist einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Etwa 100 Wohnhäuser und eine große Anzahl von Wirtschaftsgebäuden sind in Asche gelegt worden.

Zwei Tote bei einem Grubenunfall

Gießen, 17. August. Auf der Schachtanlage „Emil“ in Altencellen geriet am Mittwochmorgen kurz nach der Frühlicht der Aufschieber Bruno Steinborn bei Beginn der Förderung zwischen Schachtzimmerung und Förderkorb. Bei dem Versuch, dem Verunglückten Hilfe zu bringen, stürzte der Maschinenteiler Johann Wehmer in den Schacht. Steinborn und Wehmer konnten nur als Leichen geborgen werden. Während es sich bei dem ersten um einen ledigen 21jährigen Mann handelt, war Wehmer kinderlos verheiratet.

Schweres Straßenbahnunglück in Wien

20 sehr schwer Verletzte

Wien, 16. August. Auf der Linie D der Wiener Straßenbahn ereignete sich am Dienstagabend ein schwerer Betriebsunfall, bei dem 20 Personen zum Teil sehr schwer verletzt wurden. Von einer entgegenkommenden Straßenbahn war ein Jahrgast abgeprungen und überquerte hinter dem Wagen die Straße. Um ihn nicht zu überfahren, bremste der Wagenführer des anderen Straßenbahnzuges hart. Da gerade an dieser Stelle sich eine Weiche befand, entgleiten der Trieb- und der Anhängewagen. Der Triebwagen fuhr über den Bürgersteig in eine Gartenmauer, die umstürzte und das Dach des Wagens durchschlug. Der Anhängewagen wurde gegen einen Pfeiler geschleudert, der ebenfalls umstürzte. Der Wagenführer wurde zusammengequetscht und erheblich verblüht. Fünf andere Personen wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Unter den Verletzten befindet sich auch der Jahrgast, der das Unglück verursachte.

Kampffiere ausgebrochen

Paris, 17. August. Ein schweres Gewitter, begleitet von Hagelbögen, entlud sich nach einer Meldung aus Madrid am Dienstag über verschiedene spanische Provinzen. Bei Villa Roia wurde die Umzäunung eines Weideplatzes, auf dem sich sechs für den nächsten Stierkampf bestimmte Stiere befanden, vom Sturm umgerissen, so daß die Tiere entweichen konnten. Die wütenden Stiere ritten in die Stadt und töteten auf ihrem Weg zwei Einwohner, während fünf andere, die sich ebenfalls nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, schwere Verletzungen erlitten.

Eine Familie an Vergiftungserscheinungen erkrankt

Hamburg, 17. August. In der Laube einer Schrebergärtnerkolonie in Lokstedt wurde die Familie Dahl mit schweren Vergiftungserscheinungen aufgefunden. Man brachte sie in das Spenndorfer Krankenhaus. Dort ist inzwischen ein Kind gestorben. Eine polizeiliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die Ursache der Vergiftung konnte noch nicht festgestellt werden, doch wird die Obduktion der Kindesleiche Klarheit bringen.

Doch Korruption im Breslauer Ortsverein des VöDB!

Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der Vertrauensleute des Buchdruckerverbandes statt, in welcher Feige vom Vorstand den Bericht über die Kassenlage erstattete.

Es stellte sich dabei heraus, daß der Hilfskassierer Demmig bereits im Jahre 1925 die ersten Fehlbeträge von 2500 Mark in der Kasse hatte.

Feige behauptet zwar, daß das Geld zurückgezahlt worden sei, um so unverständlich wird aber die Tatsache, daß jetzt ein Fehlbetrag von circa 10 000 Mark vorhanden ist.

Hofrichter, der Kassaführer, polemisierte gegen die Mitglieder, die dem Sporn Blindlings so viel Vertrauen schenken, wie die Nazis dem Diller. Die Revisoren sind dafür voll verantwortlich.

Sechs Nazis auf einen Arbeiter!

Am Dienstag Abend, gegen 11 Uhr, überfielen sechs braune Mordhunden einen Arbeiter und schlugen ihn zu Boden.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ hat seine Zahlungen eingestellt

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgebung e. G. m. b. H., teilt mit, daß er genötigt gewesen ist, gemäß einem gestern gefaßten Beschluß seiner Verwaltungsorgane, mit dem heutigen Tage seine Zahlungen einzustellen.

Nächtlicher Naziüberfall in der Neuen Weltgasse

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch durchzogen sich eine Anzahl Nazis in der Neuen Weltgasse. Während einige in die neben dem Arbeiterheim liegende Gastwirtschaft gingen, provozierte einer der Nazibanditen die Arbeiter, die auf der Straße vorbeigingen.

Rote Kundfunt-Randnotizen

Donnerstag. Der Bücherbesprecher um 17,30 Uhr ist deutsch-national. Vorsicht! Um 18,10 Uhr spricht der Gewerkschaftskleiner Vogel über der Schwerebeschädigten-Funktionärsgesellschaft.

Freitag. Walther von Hollander um 18,00 Uhr ist ein verfliegener bürgerlicher Ideologe, der den Wald vor Bäumen nicht sieht.

Sonntag. Die Filme der Woche bespricht um 15,30 Uhr G. d. M. Eppmann. — Der Zeitbilder um 18,30 Uhr ist der Zentrums-Marrer Reife. Vorsicht!

Jungarbeiterinnen!

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Freiheit und Brot!

Alle Kräfte eingesetzt in der Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion.

Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September!

„Mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren“

So heißt es im Paragraph 2 der Rotverordnung, welche am 8. August dieses Jahres erlassen wurde, die „Standgerichte gegen die marginalen Hege“ verhängte.

Wiederum saßen die Angegriffenen auf der Anklagebank und die Provokateure und Angreifer traten, wie immer, als Belastungszeugen auf, die alle ihre Aussagen wörtlich mit dem gleichen Satz begannen.

Die Zuchthausanträge

Der Staatsanwalt hatte für die Angeklagten Kriegel und Hoffmann je 2 Jahre, 8 Monate Zuchthaus, für den Angeklagten Kausch 2 Jahre Gefängnis, für die Angeklagten Lindner und Richter je 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und für Kiem 1 Jahr Gefängnis beantragt.

Das Standgericht verurteilte Hoffmann und Kriegel zu

je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Kausch zu 9 Monaten Gefängnis, Richter, Lindner und Kiem zu je 6 Monaten Gefängnis.

Nur der Arbeiter Reumann wurde freigesprochen. Gegen den Mitangeklagten und den zum Prozeß nicht erschienenen Techniker Pöschel wurde ebenfalls der Haftbefehl erlassen.

Mit diesem Urteil, welches am 17. August in Breslau gegen antifaschistische Arbeiter gefällt wurde, ist der Beweis erbracht, daß sich die Standgerichte, die von der „Volkswacht“ begründet wurden, und über die sie einen Artikel schrieb: „Endlich, nach langem Zögern...“

Achtung! U.-Bezirke und Ortsgruppen

Alle Genossen der Partei und der Massenorganisation organisieren sofort den Landsonntag am 21. August. In jedem Unterbezirk muß mindestens eine Gutsetze der A.G. und auf einem Dorf ein Bauernkomitee geschaffen werden.

Arbeiterverräter am Werk

Preis, der Feind der proletarisch-politischen Gefangenen

Breslau. Preis, der Freund der „Volkswacht“, bereits wegen Unterschlagung von Rote Hilfe-Geldern verurteilt, sieht seine Aufgabe darin, sich jetzt als Opfer irgendwelcher Intrigen hinzustellen.

Die Demaskierung des sich so revolutionär gebärdenden Preis schreitet schneller vorwärts, als man glaubte. Während die Roten Helfer in unermüdlicher Kleinarbeit Pienitz auf Pienitz, Secher auf Secher zusammentragen, um einen Fonds zu schaffen, der die Rote Hilfe in die Lage versetzen soll, den Opfern der Klassenjustiz und ihren Angehörigen Hilfe zu bringen, besteht die Aufgabe dieses arbeiterfeindlichen Elements darin, dieses Geld, welches für die proletarisch-politischen Gefangenen bestimmt ist, für sich in Anspruch zu nehmen.

Die am Dienstag stattgefundene Verhandlung vor dem Arbeitsgericht zeigte Preis, den „Klassenkämpfer“, in seiner arbeiterfeindlichen Rolle. Als das Arbeitsgericht die eingebrachte Klage für Breslau nicht zurückwies, erklärte, jammerte Preis und erklärte, daß in der Zwischenzeit die K.P.D. und K.D. verboten werde und er dann seinen „Lohn“ nicht mehr erhalten wird.

Preis, dieser ausgemachte Verräter an der Arbeiterklasse, braucht durchaus nicht um seinen Lohn jammern. Die Arbeiterklasse wird sich seiner im geeigneten Moment zu erinnern wissen.

Die Oder als Lido der Armen

„Mensch, Kowale, du machst wohl jede a lebendige Kleidhaken, on deinen Rippen kann man ja die ganze Konfektionsabteilung von Barrack aufhängen.“

„Erzähl bloß nicht, Dir gehts ja ebenso, weegte, man is der reene Abzugapparat, soviele Abzüge wie se uns machen, lönn se nich mal in der Druderei machen, 's langt nie amal uff Marischen, 's Brot ist ma truden. Da frißt ma halt Sonne!“

Aber nicht alle scheinen hoffnungslos. Ueber die Oder ertönt ein heller Gesang. Eine lange Reihe junger Burthen schwimmt mit einer hochgehaltenen roten Fahne die Oder entlang.

Arbeiterfrauen organisiert den Kampf gegen die dreifache Ausbeutung im Kapitalismus

Am Montag tagte im Gewerkschaftshaus die „Vereinigung zur Kleinhaltung der Familie“, in welcher der Bezirksleiter Guhl einen Bericht über die stattgefundene Reichskonferenz gab, wobei er oftmals recht lebhaft unterbrochen wurde.

Daß Guhl sowie der Polizeibeamte Krudt ohne Beschluß der Mitgliederversammlung aber auf deren Kosten nach Bochum zur Reichskonferenz fahren, löste unter der Mitgliedschaft große Empörung aus.

Die Mitgliederversammlung beschloß sofort für gestern Mittwoch Abend eine Oppositionsversammlung einzuberufen.

Nicht beim Kaffeetrinken, wie wir schon einmal sagten, einen Scheinkampf führen, sondern hier muß der Kampf auf breiter Grundlage organisiert und geführt werden.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Kopolowitz & Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Geschäftliches

Was ist zur Zeit das beliebteste Sammelobjekt? Das dürften die Bulgaria-Sportbilder sein. Denn naturgemäß werden mit dieser meistgerauchten 3/4 Sachens auch die meisten Bilder in Umlauf gesetzt.

Es kann auch wirklich als wertvolle Bereicherung jedes Bücher-schranks betrachtet werden, wenn jemand das schöne Bulgaria-Sport-Album mit den hochinteressanten aktuellen Sport-Bildern gefüllt hat.

Pfänderversteigerung

Berliner Platz 2 am Donnerstag, dem 25. August 1932 vormittags 9 Uhr Gelbe Scheine bis Nr. 50 000 Dietungsstation Am. 10. — Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Schubert

Neu übernommen!

Achtung Hausfrauen! Eure Einkäufe tätigt beim Fleischermeister Robert Berg Breslau, Sandstr. 13 Niedrigste Preise Neu übernommen!

Herrenrad

von 31,80 an Damenrad von 38,50 an Decken von . 0,95 an Schläuche 0,75, 0,85, 0,45 Pedale 1,15, 0,95, 0,85, 0,75 Ketten . 1,15, 0,85, 0,50 Vorderrad, gelb. 2,40 Hinterrad m. Freilift. 7,75 Schlauchreifen . 3,75 Matthäusstraße 9 Grabschener Str. 43

Genossen!

werbt für eure Presse!

Kaufhaus Gutfeld

Liegnitz, Ring 20/21 Seit 1879 gut und billig

Glücksworte! Diese Woche! Nur 1 Mk. frührer Lospreis 3,30 Ziehg. 19-22. August Rote Kreuz Geld-Lotterie 11534 Gew., 1 P.ämie 90 000 40 000 30 000 10 000 5 000 Lose zu 1 M Glücksbriefe: mit 5 Lose 5 M. sortiert mit 10 Lose 10 M. sortiert Porto und Liste 30 Pf. Auch Nachnahmevers. Arndt Lot. Breslau 5 (gegenüber Wertheim) Postcheck 67465

